

Vorträge von Peter Schulze

Ankündigungstext:

Vor 90 Jahren: Warum scheitern SPD und Gewerkschaften bei der Abwehr der Nazi-Bewegung? Fragen zur Geschichte der hannoverschen Arbeiterbewegung

Im Herbst 1918 bricht angesichts der militärischen Niederlage im Weltkrieg die politische Herrschaft von Adel, Militär und Wirtschaft in Deutschland zusammen. Als Folge der "Novemberrevolution" bilden SPD und USPD die erste Regierung der neuen Republik. Die im Januar 1919 gewählte Nationalversammlung begründet eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie. In der Republik von Weimar hoffen SPD und Gewerkschaften auf Mehrheiten für soziale Reformen, verlieren aber bald an Einfluss. Schrittweise werden die Institutionen der Republik von Gegnern der Demokratie erobert.

1933 wird das Programm der "Harzburger Front", des Bündnisses von Nationalsozialisten, Deutschnationalen und anderen zur Regierungspolitik: Beseitigung der parlamentarischen Demokratie, autoritäre Regierung, Unterdrückung der Arbeiterbewegung, Ausgrenzung der Juden, Aufrüstung und gewaltsame Revision des Versailler Vertrags.

Die organisierte Arbeiterbewegung, SPD und Gewerkschaften, hätte als einzige gesellschaftliche Macht der Entfesselung des Weltkriegs 1914 entgegentreten können, und ebenso dem Aufstieg der Nazi-Bewegung. Aber SPD und Gewerkschaften haben 1914 nicht Nein zum Krieg gesagt und auch 1933 keinen Kampf geführt.

Fragen zur Geschichte der SPD und der Gewerkschaften in Hannover, zu ihrer Haltung zum "Burgfrieden" während des Weltkriegs, ihrem politischen Handeln in der Zeit der "Novemberrevolution" und ihrem Eintreten für den Bestand der Weimarer Republik stehen im Mittelpunkt von drei Vorträgen des Historikers Dr. Peter Schulze im Küchengartenpavillon.

Sonntag, 8.1.2023, 11.00 Uhr

Die hannoversche Arbeiterbewegung im Weltkrieg (1914-1918)

Nach der deutschen Kriegserklärung gegen Russland unterstützen SPD und Gewerkschaften die Staats- und Kriegsführung und halten sich an den

nationalen "Burgfrieden". Die hannoversche SPD stellt das Parteileben ein, die örtlichen Gewerkschaften brechen einen laufenden Streik ab. Die sozialdemokratische Tageszeitung "Volkswille" geht auf Kriegskurs. Oppositionelle Stimmen gibt es kaum.

Sonntag, 15.1.2023, 11.00 Uhr

SPD und Gewerkschaften in Hannover als Ordnungsmacht (1918-1920)

Der am 7.11.1918 in Hannover gebildete Arbeiter- und Soldatenrat fordert in einem Aufruf "Unter allen Umständen Ruhe und Ordnung!". Die enge Zusammenarbeit mit alten Gewalten, Generalkommando und Stadtverwaltung, sollen die Lebensmittelversorgung sichern und das Privateigentum garantieren. Anders als in Braunschweig, Berlin und vielerorts ergreift der hannoversche Arbeiter- und Soldatenrat keine Initiativen zur Umgestaltung der Gesellschaft.

Sonntag, 22.1.2023, 11.00 Uhr

Politisches Versagen und Zusammenbruch (1930-1933)

Angesichts von Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit stützen SPD und Gewerkschaften die autoritäre Regierung des Kanzlers Brüning, um den Aufstieg des Nationalsozialismus zu verhindern. Die "Errungenschaften" von 1918, vor allem der Achtsturentag, sind verloren. Die hannoversche Maifeier 1932 demonstriert den Zusammenhalt der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, aber SPD und Gewerkschaften stehen alleine und sind politisch ohnmächtig. Die Nationalsozialisten - gewaltbereit und gewalttätig - beherrschen die Straße.

Die Vorträge richten sich an die Mitglieder und Freunde von Quartier und an alle sonstigen Interessenten.